Niederschrift
zur Sitzung des Rates der Schloss-Stadt Hückeswagen

Sitzungstermin:	15.02.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:14 Uhr
Ort:	im Musikraum der Städtischen Realschule, Kölner Straße 57

An der Sitzung nahmen teil:

Bürgermeister

Persian, Dietmar Bürgermeister

Mitglieder

Bannies, Harald
Becker, Jürgen
Biesenbach, Monika
Boldt, Winfried
Brüning, Robert
Danielsen, Hans-Peter
Endresz, Willi
Fink, Horst
Fischer, Rolf
Frauendorf, Felix
Grasemann, Hans-Jürgen
Hager, Wilfried
Heider, Norbert
Kloppenburg, Jörg
Malecha, Friedhelm
Mallwitz, Stefan
Meine, Martin
Moritz, Frank
Neuenfeldt, Hans-Jürgen
Päper, Cornelia
Pohl, Andreas
Rüter, Manfred
Sabelek, Egbert
Schütte, Christian
Thiel, Brigitte
Thiel, Jürgen
von Polheim, Jörg
Wachs, Tobias
Werth, Constanze-Julia
Winkelmann, Andreas
Wolter, Michael
Wroblowski, Karin

von der Verwaltung

Bever, Isabel
Kemper, Torsten
Kirch, Michael
Klewinghaus, Dieter
Schröder, Andreas
Thiel, Ursula
Winter, Monika

Es fehlten:

Mitglieder

Finster, Shirley
Gembler, Regine
Hücker, Manfred
Noll, Andreas
Schwung, Karsten
von der Neyen, Marc

Der Bürgermeister begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Vertreter der Bürgerinitiative (Ina Stemmermann, Heike Kanitz und Oliver Junginger), die Besucher sowie die Vertreter der Presse.
Er weist darauf hin, dass die Sondersitzung auf Antrag der FDP-Fraktion einberufen wurde.
Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Fragestunde für Einwohner	
2	Bürgerbegehren für den Neubau der Löwengrundschule und den Erhalt der Realschule am derzeitigen Standort	**RB/3411/2018**
3	Entscheidung über den durch das Bürgerbegehren vom 25.01.2018 eingebrachten Antrag zum Neubau der Löwengrundschule und Beibehaltung des Standorts der Realschule	**RB/3412/2018**
4	Bürgerentscheid - Festlegung des Abstimmungszeitraumes	**RB/3414/2018**
5	Mitteilungen und Anfragen	

Herr Persian erläutert im Hinblick auf die heutige Sondersitzung des Rates, dass das Thema Schulen ein sehr wichtiges Thema für die Schloss-Stadt Hückeswagen ist.
Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind ein legitimes Vorgehen, ein demokratischer Prozess und das Ergebnis spiegelt den Bürgerwillen.
Er zollt der Bürgerinitiative Anerkennung, dass so viele Menschen innerhalb kürzester Zeit mobilisiert wurden.

Der Bürgermeister verweist auf einen Bericht in der Lokalzeit Bergisches Land, wo eine Bürgerin sagte, dass eine große Unzufriedenheit der Bürger über die Politik herrscht.
Herr Persian teilt mit, dass ihn diese Aussage nachdenklich gemacht hat und er nicht zu beurteilen vermag, ob wirklich diese Unzufriedenheit bei der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger herrscht, denn der Rat der Stadt hat sich Entscheidungen nicht leicht gemacht.

Zukünftig möchte er gemeinsam mit der Politik nach Wegen suchen, die Bürgerinnen und Bürger mehr einzubinden.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde für Einwohner

Es gibt keine Wortmeldungen.

zu 2 Bürgerbegehren für den Neubau der Löwengrundschule und den Erhalt der Realschule am derzeitigen Standort

Herr Schütte hinterfragt die Genauigkeit der Prüfung der Fragestellung des Bürgerbegehrens und fragt die Verwaltung, ob das Bürgerbegehren überhaupt zulässig ist, da der ursprünglich gefasste Ratsbeschluss schon im Jahr 2015 gefasst wurde.
Herr Persian erläutert hierzu, dass sich das Bürgerbegehren explizit gegen den Beschluss vom 28.11.2017 richtet. Die Fragestellung der Bürgerinitiative wurde im Detail mit der Verwaltung abgestimmt und die Zulässigkeit der Fragestellung auch mit dem Städte- und Gemeindebund besprochen.
Weiterhin seien alle Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld darüber in Kenntnis gesetzt worden.

Herr Grasemann äußert auch Zweifel an der Zulässigkeit, da die summarische Kostenschätzung fehlt.

Herr von Polheim teilt mit, dass er entsetzt ist, dass zu diesem Zeitpunkt Zweifel an der Fragestellung aufkommen.

Herr Boldt verweist ebenfalls auf das Fehlen der summarischen Kostenschätzung und vertritt die Auffassung, dass diese zwingend erforderlich sei.
Er verweist auf § 26, Abs. 6 der GO und liest Auszüge daraus vor.
Herr Boldt hält die Fragestellung der Bürgerinitiative für unzulässig und nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechend, dies hätte die Verwaltung inten-

siver prüfen müssen.
Er wird gegen die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens stimmen und erwartet eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Persian weist darauf hin, dass Herr Boldt große Passagen lediglich aus Kommentaren zur GO zitiert hat und nicht aus dem Gesetzestext.
Er teilt nochmals mit, dass die Fragestellung in aller Gründlichkeit geprüft wurde und diese auch den Fraktionsvorsitzenden bereits im Dezember mitgeteilt wurde. Wenn nun Zweifel an der Richtigkeit vorliegen, hätte er zu einem früheren Zeitraum mit einer Information darüber gerechnet.

Herr Grasemann teilt mit, dass die Äußerungen von Herrn Boldt nicht für die gesamte SPD gelten und die anderen SPD-Ratsmitglieder die Zulässigkeit mittragen werden.

Herr Schütte bittet darum, sollte es noch einmal zu einem Bürgerbegehren kommen, dass eine akkuratere Prüfung des Textes der Fragestellung durch die Verwaltung erfolgt.

Herr Kloppenburg teilt mit, dass er den Eindruck hat, dass die Verwaltung sehr sorgfältig gearbeitet hat. Er vertritt die Auffassung, dass Bedenken gegen die Zulässigkeit am „runden Tisch“ zu diesem Thema hätten geklärt werden können.
Er bedankt sich bei den Fraktionen der CDU und SPD für die heutige Bereitschaft, die Zulässigkeit mit zu tragen.

Herr Boldt weist wiederholt darauf hin, dass er der Überzeugung ist, dass seine Argumentationen richtig sind und er fühlt sich von der Verwaltung nicht richtig informiert.

Frau Thiel teilt für die FaB-Fraktion mit, dass der Beschluss über die Zulässigkeit mitgetragen wird, auch vor dem Hintergrund der Prüfung durch den Verein „Mehr Demokratie e.V.“.

Herr Hager verweist auf 70 Unterschriften, die durch die Verwaltung für ungültig erklärt wurden und stellt die Qualität der Information der Bürger durch die Bürgerinitiative in Frage.

Herr Persian erläutert nochmals die Gründe, die zur Nicht-Zulassung der Unterschriften geführt haben.

Herr Sabelek begrüßt es, dass die Bürgerinitiative tätig geworden ist und bittet abschließend um eine Beschlussfassung.

Beschluss:
Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen stellt gemäß § 26 Abs. 6 GO NW fest, dass das Bürgerbegehren vom 25.01.2018 zulässig ist.

Die zur Entscheidung zu bringende Frage des Bürgerbegehrens lautet:
Soll die Löwen-Grundschule im Brunsbachtal einen Neubau erhalten und die Städtische Realschule am Standort Kölner Straße 57 erhalten bleiben?

Abstimmungsergebnis:
Mit 32 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme beschlossen.

zu 3 Entscheidung über den durch das Bürgerbegehren vom 25.01.2018 eingebrachten Antrag zum Neubau der Löwengrundschule und Beibehaltung des Standorts der Realschule

Herr Junginger hat Gelegenheit den Antrag für die Bürgerintiative „Vernunft macht Schule“ zu erläutern.
Das Statement der Bürgerinitiative ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Persian dankt Herrn Junginger für die umfangreiche Erklärung.

Ebenfalls der Niederschrift beigefügt sind die Stellungnahmen der Fraktionen der SPD (diese Stellungnahme gilt auch gleichzeitig mit für die CDU-Fraktion), der FaB, UWG und B90/Die Grünen.

Herr von Polheim verweist auf den bereits vor 3 Monaten eingebrachten Antrag der FDP auf Zustimmung zu einem Bürgerentscheid. Wenn zu diesem Zeitpunkt bereits Zustimmung signalisiert worden wäre, würde am heutigen Tag keine Sondersitzung stattfinden.
Die FDP-Fraktion steht hinter der Bürgerinitiative und wird diese unterstützen. Er verweist auf die damalige Kostenschätzung zum Umbau der Montanusschule in Höhe von 8,4 Millionen Euro und die heutige Sachlage. Weiterhin ist unklar, ob Schadstoffbelastungen in der Montanusschule vorhanden sind.

Herr Schütte merkt an, dass bislang die Gegner des Neubaus der Grundschule keine Gelegenheit hatten, ihre Meinung zu äußern und dass sich dies nun mit dem Bürgerentscheid ändern wird.

Frau Thiel informiert, dass die FaB geheime Abstimmung beantragen wird.

Frau Werth teilt mit, dass sie sich der Abstimmung enthalten wird.

Herr Kloppenburg geht auf ein von Herrn Sabelek angeführtes Zitat von Frau Klur ein und ist aufgrund der Reaktion von Frau Klur der Auffassung, dass sie hier falsch zitiert wurde.

Aufgrund des Antrages der FaB auf geheime Abstimmung fragt Herr Persian nach, ob noch weitere Ratsmitglieder den Antrag unterstützen.

Der Antrag auf geheime Abstimmung wird nur von 5 Ratsmitgliedern unterstützt. Dies ist nach der Geschäftsordnung nicht ausreichend, daher wird offen abgestimmt.

Beschluss:
Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen beschließt, für die Löwen-Grundschule im Brunsbachtal einen Neubau zu errichten und die Städtische Realschule am Standort Kölner Straße 57 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:
Mit 26 Nein-Stimmen, 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

zu 4 Bürgerentscheid - Festlegung des Abstimmungszeitraumes

Herr Persian weist auf die Sperrwirkung für weitere Planungen des Büro Zacharias hin.

Beschluss:
Der Rat beschließt, den Abstimmungszeitraum zur Durchführung des Bürgerentscheides zur Errichtung eines Neubaus der Löwen-Grundschule im Brunsbachtal und Erhalt der Städtischen Realschule am Standort Kölner Straße 57 auf die Zeit vom 09.04.2018 bis 15.04.2018 festzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 5 Mitteilungen und Anfragen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 01.03.2018

Bürgermeister Dietmar Persian	Monika Winter Schriftführerin